



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 10. November 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-63-0017

**Die Energieversorgung der Stadt im Blick - Folgen der Preisentwicklung am Gas- und Strommarkt für die kommunalen Energieversorger und ihre Kunden
-Antrag der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, SPD und Die Linke und Volt vom 03.11.2021-**

In den vergangenen Wochen und Monaten ist die Gasversorgung in Deutschland deutlich teurer geworden und anderen europäischen Staaten sogar versorgungskritisch. Auf Grund der anhaltenden Preissteigerungen verzichten Versorgungsunternehmen auf die Akquise von Neukunden oder kündigen sogar Bestandsverträge. Es sind darüber hinaus bereits erste Insolvenzen zu verzeichnen.

Als Grundversorger ist die ESWE-Versorgung-AG verpflichtet, jedermann mit Strom und Gas zu versorgen. Von der dieser Pflicht darf nur abgewichen werden, wenn die Versorgung der Kunden aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr zumutbar ist.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

- 1) Wie schätzen die zentralen energiewirtschaftlichen Beteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden - die ESWE-Versorgung AG, die Kraftwerke-Mainz-Wiesbaden sowie die Kom9 GmbH & Co. KG - die aktuelle Energieversorgungslage insbesondere mit Gas für den kommenden Winter ein?
- 2) Mit welchen Auswirkungen auf die Erträge der Beteiligungen ist durch die hohen Einkaufspreise für Gas zu rechnen?
- 3) Gab es in den letzten Wochen bereits Engpässe bei der Gasversorgung oder ist davon in kommender Zeit auszugehen?
- 4) Plant ESWE-Versorgung in den kommenden Monaten das Neukundengeschäft im Strom und Gasbereich einzuschränken oder gar gänzlich einzustellen?
- 5) Plant ESWE-Versorgung in den kommenden Monaten ein Sonderkündigungsrecht gegenüber Bestandskunden auszuüben, weil die bisherige Versorgung aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr zumutbar ist?
- 6) Plant ESWE Versorgung in den kommenden Monaten (zusätzliche) Preisanpassungen, die auf Grund der Preisentwicklung an den Märkten über etwaige bisherige geplante Preisanpassungen hinausgehen?

Beschluss Nr. 0191

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2021

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2021

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2021

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister